

# Europa und Indien zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Können die Interessengemeinsam- keiten zur Partnerschaft reifen?

Hans-Georg Wieck

## **1 Europa und Indien auf dem Wege zu einer Sicherheitspartnerschaft im Nahen und Mittleren Osten**

Die Zusammenarbeit bei der Entwicklung einer glaubwürdigen internationalen Rechtsordnung und im Kampf gegen den Terrorismus in allen seinen Schattierungen wird zur zentralen internationalen Aufgabe für Europa und Indien.

In territorialer Hinsicht liegt zwischen Indien und Europa ein komplexes Krisengebiet, das sich vom östlichen Mittelmeer bis an die pakistanisch-indische Grenze erstreckt und im Norden den Kaukasus und die zentralasiatische Zone sowie Afghanistan und den Hindukusch einschließt. Dieser Krisenraum berührt die Sicherheitsinteressen von Europa und Indien.

Eine gemeinsame Studiengruppe mit hochrangigen Vertretern der beiden Seiten sollte Vorschläge für ein fruchtbares Zusammenwirken entwickeln, das sich auf alle Aspekte der politischen, sicherheitspolitischen, militärischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit, aber auch auf Aktivitäten im kulturellen Bereich erstreckt.

Indien und Europa können dazu beitragen, dass die regionalen Spannungen und die in diese Zone einwirkenden globalen Konfliktlinien überwunden werden, ohne dass es zu einem Kräfte zehrenden Konflikt zwischen Hegemonialmächten oder zu neuen regionalen Katastrophen kommt. Noch gibt es allerdings kaum ein Bewusstsein dafür, dass Europa und Indien mit ihren politischen Kulturen wesentliches zur Konfliktbewältigung beitragen können und beitragen sollten.

Bei flüchtiger Betrachtung der Zusammenarbeit zwischen Indien und den USA einerseits sowie Indiens mit der Europäischen Union andererseits drängt sich der Eindruck auf, dass Indien im Kampf gegen den Terrorismus in allen seinen Schattierungen und bei der Konsolidierung seiner machtpolitischen Stellung im asiatischen Raum sowie in den Vereinten Nationen in erster Linie auf die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, unter anderem auch auf militärischem und rüstungswirtschaftlichem Gebiet baut. Die Europäische Union hat nach indischen Vorstellungen in diesen Fragen Gleichwertiges nicht zu bieten. Ein erfahrener militärpolitischer Beobachter wie C. Raja Mohan richtet in seinem Buch *Crossing the Rubicon – The Shaping of India's New Foreign Policy*<sup>1</sup> seine Aufmerksamkeit fast ausschließlich auf die voranschreitende Wandlung der in der Vergangenheit eher reservierten und zum Teil feindseligen Beziehungen zwischen den USA und Indien zu einer strategischen Partnerschaft dauerhafterer Natur. Europa erscheint in dem mehr als 300 Seiten umfassenden Buch kaum. Das Thema *Großmacht Indien* gewinnt an Bedeutung auch in der internationalen wissenschaftlichen Diskussion.<sup>2</sup>

„India likes Europe but loves the US!“ Mit diesen Worten charakterisierte ein deutscher Kenner Indiens die heute vorherrschende Einstellung Indiens zu den USA und zu Europa.

Indien fühlt sich heute in der Tradition des Moghul-Reichs (Raj) und des Britischen Reichs in Südasiens. Die Selbstwahrnehmung und Perspektive der politischen Klasse des Landes hat sich in dieser Hinsicht in den letzten Jahren grundlegend geändert. Das an den politischen Prozessen teilnehmende Indien sieht sich in der Position einer Großmacht auf Augenhöhe mit den anderen heutigen Großmächten. Es respektiert China und die Vereinigten Staaten als Reiche, d.h. als Machtstrukturen mit der Fähigkeit und dem Willen zur Gestaltung und Mitgestaltung der Welt, notfalls auch mit Gewalt, wenn auch vorzugsweise im Wege des geltenden und zu gestaltenden internationalen Rechts, vor allem der Vereinten Nationen. Russland könnte wieder in die Position einer Macht im Sinne des indischen Verständnisses gelangen.

Aus der Sicht der führenden indischen politischen Schicht fehlen Europa wesentliche Voraussetzungen für eine tragende, eine mitbestimmende Rolle als eigenständige Macht der Welt von heute und wahrscheinlich auch von morgen. Die vorherrschende indische Einschätzung stellt Europas wirtschaftliche und finanzielle Potenziale nicht in Frage, die sich über die Einrichtungen der Europäischen Union auch in den internationalen Institutionen durchaus angemessen Geltung verschaffen. Indien erkennt die unbestrittenen wissenschaftlichen und technologischen Leistungen Europas an. Es würdigt die Verankerung Europas in demokratischen und

<sup>1</sup> Raja Mohan, (2003), *Crossing the Rubicon – The Shaping of India's New Foreign Policy*, Viking/Penguin Books India.

<sup>2</sup> *Großmacht Indien*, *Orientwissenschaftliche Hefte*, Nr. 13/2004; Orientwissenschaftliches Zentrum der Martin-Luther-Universität Halle.

rechtsstaatlichen Traditionen und teilt mit Europa das Streben nach einer starken Rolle der Vereinten Nationen bei der Bewältigung der globalen Fragen unseres Zeitalters und bei der Bewältigung der den Frieden bedrohenden Krisen. Aber in den Augen des heutigen Indien fehlen der Europäischen Union – besonders nach der Erweiterung um zehn Staaten im Mai 2004 – die Handlungsorgane, um – vor allem in Fragen der internationalen Sicherheit – ein entscheidendes Wort mitreden zu können.

In diesen Fragen ist Europa gegenwärtig im Wesentlichen auf das Gewicht begrenzt, das die beiden ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates aus Europa – Großbritannien und Frankreich, die auch anerkannte Nuklearwaffenmächte sind, – einzubringen in der Lage sind oder aber die Gesamtheit der europäischen Mitglieder des Bündnisses in die Entwicklung einer nach heutigen internationalen Anforderungen effizienten Nordatlantischen Allianz (NATO).

Bei Lichte betrachtet und im vertraulichen Gespräch lernt der Beobachter jedoch ein sehr viel differenzierteres Verhältnis Indiens zu den USA und zu Europa kennen. Für die indische Führungsschicht ist die Bedeutung der USA in diesen internationalen Konflikten unbestritten; Indien wünscht aber eine stärkere Mitwirkung Europas bei der Sicherung bzw. Wiederherstellung des Friedens im Nahen und Mittleren Osten und damit auch im Hinblick auf die internationalen Interessen Indiens.

Indien ist sich der Bedeutung der USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus bewusst, aber es ist angesichts der unübersehbaren Tendenzen der gegenwärtigen US-amerikanischen Regierung, gestützt auf die eigene militärische Macht und unter Hintansetzung der bestehenden internationalen Rechtsordnung, so unvollständig sie auch sein mag, eine hegemoniale Stellung in der Welt zu erreichen, um den Frieden in der Welt und um ein gedeihliches Zusammenleben der Völker besorgt. Es beruhigt und beunruhigt gleichermaßen, dass Colin Powell in seinem Aufsatz „Partnership and Principle“<sup>3</sup> zwar sehr positiv von der Zusammenarbeit mit Indien spricht, aber eben auch von der Kooperation mit Pakistan und von einer Rolle der USA bei der Bildung einer Dreiecksbeziehung mit Pakistan und Indien bei der Konfliktbewältigung in Kaschmir. Solche interventionistischen Äußerungen des US-amerikanischen Außenministers beflügeln die Anstrengungen New Delhis, in einem breit angelegten Dialog mit Pakistan auf bilateralem Wege – ohne die Beteiligung anderer Mächte, u.a. der USA – eine Entkrampfung des indisch-pakistanischen Verhältnisses und damit die wichtigste Voraussetzung für eine Lösung der Kaschmirfrage zu erreichen.

---

<sup>3</sup> Colin Powell, „Partnership and Principle – A Strategy of Partnerships“, in: *Foreign Affairs*, Januar/Februar 2004, New York. Sumit Ganguly (editor), *India as an Emerging Power*, Sonderausgabe des *Journal of Strategic Studies*, 2003 London.

## 2 Die Grenzen der Annäherung zwischen Indien und den USA

Die Option präventiver unilateraler Militärschläge – ohne eine Legitimierung durch einen Beschluss des VN-Sicherheitsrats – ist zwar in gewissen Notlagen nach Artikel 51 der Charta der VN im Interesse der Selbstverteidigung zulässig, verlangt aber auch die unverzügliche Befassung des VN-Sicherheitsrats. Ob die vorsichtigeren Formulierungen von US-Außenminister Colin Powell in dem schon erwähnten Aufsatz „Partnership and Principle – A Strategy of Partnerships“ die weltweit, auch in Indien, gehegte Besorgnis gegenüber dem Konzept präventiver Militärschläge beheben kann, muss bezweifelt werden.

Die politische Klasse Indiens ist sich durchaus der Risiken bewusst, die angesichts der häufigen Kurswechsel der US-amerikanischen Prioritäten in der Außen- und Sicherheitspolitik für jeden aktuellen und potenziellen Partner der USA bestehen. Colin Powell ordnete bei seinem Besuch im März 2004 in Islamabad Pakistan als einen bedeutenden militärischen Partner der USA ein (*major non-NATO military partner of the USA*), eine Statusanhebung, die den Verkauf von US-Waffen an Pakistan ermöglicht und damit das militärische Kräfteverhältnis in Südasien zu Lasten Indiens verändert.

Angesichts dieser Unwägbarkeiten im US-amerikanisch-indischen Verhältnis wünscht man sich in der indischen Hauptstadt daher ein international auch sicherheitspolitisch relevantes handlungsfähiges und starkes Europa. Man weiß, dass sich die Europäische Union der weiteren Entwicklung einer internationalen Rechtsordnung – von den Umweltfragen bis zur Legitimierung des Einsatzes militärischer Machtmittel zur Konfliktbewältigung – verpflichtet fühlt. Man ist besorgt, dass Europa wegen der noch unvollendeten Vertiefung der Integration, der noch unvollendeten Erweiterung der Union und wegen der schleppenden wirtschaftlichen Entwicklung heute international nur eine begrenzte sicherheitspolitische Rolle spielt. Man hofft, dass die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, vor allem deren stärkste Wirtschaftsmacht Deutschland, ihre Verantwortung für den globalen und den regionalen Frieden sowie eine integrale Konfliktbewältigung im Nahen und Mittleren Osten erkennen werden und diese Verantwortung auch wahrnehmen wollen.

New Delhi hofft, dass die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dazu beitragen können, dass die USA von weiteren unilateralen und hegemonial ausgerichteten Militärschlägen Abstand nehmen, und – auch wenn Indien selbst ein gespaltenes Verhältnis zur Frage des Nutzens des Nordatlantischen Bündnisses in der Zeit nach dem Kalten Krieg und der Konfrontation mit der Sowjetunion hat – wieder eine Partnerschaft mit den europäischen NATO-Mitgliedsstaaten im Bündnis selbst sowie mit anderen Staaten, deren Interessen von internationalen Krisen berührt werden, suchen werden.

Die neue Sicherheitsstrategie der Europäischen Union<sup>4</sup>, der ersten ihrer Art, die vom Europäischen Rat am 12. Dezember 2003 in Brüssel angenommen wurde, findet wohlwollendes Interesse in Indien, aber noch fehlt es an der Umsetzung dieser Strategie. In dieser Hinsicht herrscht Skepsis in New Delhi vor. Werden die Europäer die Mittel aufbringen, die notwendig sind, um die gemeinsame Sicherheitsstrategie international glaubwürdig zu machen, z.B. mit einer Aufstockung der militärischen Kräfte in Afghanistan? Die Europäer haben weder Ausrüstung noch Soldaten, um ihre Rolle in Afghanistan überzeugend wahrnehmen zu können.

Die USA besitzen technische Einrichtungen, Güter und militärische Ausrüstung in Menge, aber nicht genügend Soldaten, um ihre Sicherungsaufgaben in Irak zu erfüllen. Freie Wahlen können im Irak aber nur durchgeführt werden, wenn Ruhe und Ordnung sichergestellt sind.

Die Europäische Union erkennt in der neuen Sicherheitsstrategie die Existenz von Bedrohungen der eigenen Sicherheit auf Grund einer Reihe möglicher Entwicklungen an, die außerhalb von Europa ihren Ausgangspunkt oder ihr Epizentrum haben können, z.B.

- ungelöste regionale Konflikte,
- internationaler Terrorismus,
- Verbreitung von Massenvernichtungswaffen,
- instabile politische Systeme in Verbindung mit organisierter Kriminalität.

Auch wenn solche Entwicklungen vielleicht nicht primär gegen Europa gerichtet sind, können sie auf Europa ausstrahlen und die Stabilität der internationalen Ordnung gefährden.

In dem Spektrum möglicher Abwehrstrategien spielen die klassischen Komponenten der europäischen Konfliktbewältigung eine wichtige Rolle:

- Unterstützung der internationalen Rechtsordnung auf allen global und regional wichtigen Gebieten, einschließlich Abrüstung, Rüstungskontrolle und vertrauensbildenden Maßnahmen,
- internationale kollektive bzw. multinationale Zusammenarbeit zur Friedenssicherung, zum Krisenmanagement und zur Rehabilitation von Staaten und Nationen („Nation Building“),
- Reform des VN-Sicherheitsrats,
- Demokratie und Marktwirtschaft,
- Streitkräfte, Streitkräfteverbund, integrierte Kommandos für den Einsatz militärischer Machtmittel auf der Grundlage einer VN-Legitimation – ausgenommen bei,

---

<sup>4</sup> „European Security Strategy Dezember 2003“, veröffentlicht in *Internationale Politik*, Nr. 1/2004 S.110ff. Berlin.

- Selbstverteidigung nach Artikel 51 der VN-Charta,
- regionale und überregionale Koordinierte Erfassung (Datenbank) und Bekämpfung von Terrorismus, organisierte Kriminalität und illegaler Drogenhandel (integrierte Datenbasis).

Von Bedeutung für die zwischen Indien und Europa liegende internationale Krisenzone ist die neue Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union, die darin besteht, mit jedem außerhalb der EU-Zone liegenden Nachbarn im Osten, Südosten und im Mittelmeerraum auf der Grundlage eines gemeinsam ausgearbeiteten Aktionsprogramms dauerhafte Beziehungen dieser Länder zur Europäischen Union zu begründen und sich entfalten zu lassen.

Bei näherem Hinsehen stellt sich heraus, dass das Beziehungsgeflecht zwischen Indien und Europa auf dem breit gefächerten, viele Komplexe umfassenden sicherheitspolitischen Feld einem tief greifenden Wandlungsprozess unterliegt, der durch die Krisenregion zwischen dem Mittelmeer und dem Hindukusch im afghanisch-chinesischen Grenzgebiet ausgelöst wurden, und dessen künftige Implikationen angesichts der Vielzahl der heute bestehenden internationalen und innerstaatlichen Konfliktfelder in Nahmittelost noch nicht zu übersehen sind:

(1) Bis zu den Anschlägen auf das Welthandelszentrum in New York und das Pentagon in Washington am 11. September 2001 fühlte sich Indien wie ein Mahner in der Wüste, wenn es von den Gefahren des internationalen Terrorismus sprach, dessen Operationsgebiet eben auch das Kaschmirtal und andere Teile Indiens waren. Der terroristische Angriff auf das Parlamentsgebäude in New Delhi am 13. Dezember 2001 belegt die früheren indischen Mahnungen.

(2) Ungeachtet der Solidarität mit den USA in der Frage des Kampfes gegen den fundamentalistischen Terrorismus und dessen staatliche Helfer, wie die Taliban-Gruppen, hat Indien keine Zweifel an der ablehnenden Haltung gegenüber der US-amerikanischen präventiven militärischen Intervention im Irak aufkommen lassen und wünscht die möglichst umgehende Unterstellung der Sicherheitskräfte und des politischen Willensbildungsprozesses in Irak unter die Vereinten Nationen. Indien lehnte die Bereitstellung von Truppen für die Koalition der USA, Großbritanniens und anderer wie Polen ab, hält sich aber die Tür für eine spätere Stationierung von Truppen im Irak offen – sobald die politischen und internationalen Rahmenbedingungen stimmig sind.

(3) Die Europäische Union hat auf der Grundlage eines Solana-Vorschlags beim Europäischen Gipfel am 12. Dezember 2003 eine Sicherheitsstrategie angenommen, die sich bei der Definition möglicher Gefahren für die Sicherheit Europas in allen wesentlichen Punkten in Übereinstimmung mit den US-Papieren und denen des Nordatlantischen Bündnisses befindet. Darüber hinaus ist die Europäische Union auf dem Wege, mit dem neu entwickelten Instrument der Politik der guten Nachbarschaft zu den neuen Nachbarstaaten nach der Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 um zehn Staaten Mittel- und Südeuropas bilaterale Programme mit

allen Anrainerstaaten des Mittelmeers zu entwickeln, von denen stabilisierende und Demokratie fördernde Wirkungen ausgehen können.

(4) Andererseits unterhält Indien intensive Beziehungen mit Israel, u.a. auch auf sicherheitspolitischem Gebiet und bei der Rüstung.

(5) Erstmals sprach der internationale Beauftragte des Europäischen Rats, Solana, gelegentlich des europäisch-indischen Gipfels in New Delhi im November 2003 mit Mitgliedern der indischen Regierung über strategische Sicherheitsfragen. Solche Themen hatten früher stets im Schatten der bislang vorrangig erörterten aktuellen Themen Rüstungskontrolle, Abrüstung sowie Krisenmanagement für Kaschmir gestanden, vor allem

- nach der Nuklearisierung der indischen und der pakistanischen Waffenarsenale im Frühjahr 1998, die im Westen auf scharfe Ablehnung stieß und Sanktionen auslöste, und
- nach der in immer kürzeren Abständen eintretenden Zuspitzung der militärischen Lage an der Waffenstillstandslinie (Line of Actual Control) in Kaschmir, insbesondere bei der Konfrontation in Kargil im Frühjahr 1999, sowie im Frühjahr 2002 nach dem vereitelten Terrorangriff gegen das indische Parlamentsgebäude im Dezember 2001.<sup>5</sup>

(6) In Afghanistan stehen die Sicherheitstruppen der Vereinten Nationen – vor allem Deutsche, Briten, Niederländer – unter NATO-Kommando. Sie erweitern Schritt für Schritt die von ihnen zu schützende Sicherheitszone. Wenige Kilometer davon entfernt operieren indische Polizeieinheiten bei der Ausbildung der afghanischen Miliz.

Mit anderen Worten: Indien und Europa bewegen sich strategisch und politisch aufeinander zu und sehen sich Sicherheitsrisiken ausgesetzt, die sich kaum unterscheiden. Die funktionale und die räumliche geographische Nähe der Sicherheitsbedrohung für beide Seiten muss noch in den Köpfen der Menschen, vor allem der politischen Führungsschichten auf beiden Seiten nachvollzogen werden.

Auf der Tagesordnung von morgen sollten regelmäßigen Konsultationen mit Indien im NATO-Hauptquartier in Brüssel und bei der Europäischen Union stehen.

(7) Auf eindrucksvolle Weise hat die indische Regierung unter Ministerpräsident Vajpayee auch einen Paradigmenwechsel im Umgang mit Pakistan vollzogen: Analog zu dem während des Kalten Krieges in Europa parallel zur Aufrechterhaltung konventioneller und nuklearer militärischer Potenziale, um mögliche Angriffe abzuwehren, eingeleiteten Prozess der Entspannung und des Dialogs mit der sowjetischen und der mitteleuropäischen Seite strebt die indische Regierung die Verbesserung des Gesamtverhältnisses zwischen Indien und Pakistan an. Im Rahmen dieses Prozesses soll auch die Kaschmirfrage entschärft und vielleicht gelöst werden. Diesen Paradigmenwechsel nahm Vajpayee nach den höchst riskanten Truppenmassie-

---

<sup>5</sup> Andrew C. Wimmer und Toshi Yoshihara, "India and Pakistan at the Edge", in: *Survival*, 3/2002, Bd.44.

rungen auf beiden Seiten der Actual Line of Control in Jammu-Kaschmir zu Beginn des Jahres 2002 vor.

Bei Vorträgen zum Thema „Europäische Erfahrungen mit Krisenmanagement und vertrauensbildenden Maßnahmen während des Kalten Krieges in Europa und danach – Relevanz für Südasien“, die der Verfasser im Januar/Februar 2004 in Instituten, Universitäten und bei Nichtregierungsorganisationen in New Delhi gehalten hat, konnte man Ähnlichkeiten zwischen den europäischen Konzepten während des Kalten Krieges für Verteidigung und Entspannung in Europa und den heutigen indischen Vorstellungen über die Gestaltung der Beziehungen zu Pakistan feststellen.

Heute werden die Sicherheitsinteressen Indiens und Europas nachhaltig durch die im Nahen und Mittleren Osten bestehende Konfliktzone bestimmt:

- Die Brut- und Entfaltungsräume des internationalen Terrorismus fundamentalistischer islamischer Struktur liegen in diesem Raum und bedrohen das multikulturelle Indien mit 150 Millionen Muslimen ebenso wie Europa – Europa im weitesten Sinne, aber auch im engeren Sinne der Europäischen Union.
- Die Terroranschläge auf den morgendlichen Berufsverkehr im Vorortverkehr von Madrid am 11. März 2004 verdeutlichen diesen Konnex.
- Massenvernichtungswaffen und Raketen wurden und werden in Nahen und Mittleren Osten, aber auch in Südasien entwickelt und zum Teil zur operativen Reife gebracht.
- Autoritäre Regime in Nahmittelost müssen mit politischen und sozialen Unruhen rechnen.
- Der Jahrzehnte alte israelisch-palästinensische Konflikt spaltet die Länder dieser Zone, die vom Mittelmeer bis zum Hindukusch und zum Indischen Ozean reicht.
- Die Europäische Union verhandelt im Rahmen ihrer neuen Nachbarschaftskonzeption gemeinsame Aktionsprogramme mit jedem einzelnen Mittelmeeranrainersstaat und wird damit zu einem wichtigen, in vielen Fällen zum wichtigsten internationalen Partner dieser Länder.
- Die Türkei, die südkaukasischen Republiken und Zentralasien begrenzen den Raum im Norden und Indien im Osten. Diese Länder sind wichtige Partner einer Stabilitäts- und Transformationspolitik
- Am Hindukusch führt unter dem Mandat der Vereinten Nationen ein NATO-Kommando die Schutztruppen für Afghanistan — bislang im Wesentlichen auf Kabul begrenzt. Indische Polizei und deutsche Polizei bilden nebeneinander, und unkoordiniert afghanische Polizeieinheiten aus.

Die parallel strukturierten Sicherheitsinteressen Indiens und Europas in und gegenüber dem Konfliktraum im Nahen und Mittleren Osten liegen auf der Hand und sollten zur Zusammenarbeit, zumindest zu vertieften und regelmäßigen beiderseiti-

gen Konsultationen führen. Das gilt auch für das Verhältnis zwischen dem Nordatlantischen Bündnis und Indien.

Vor weniger als einem Jahr kamen der außenpolitische Beauftragte des Europäischen Rats, Solana, und der indische Außenminister Sinha erstmals zusammen, um regionale Sicherheitsprobleme beiderseitigen Interesses zu erörtern.

In der Zwischenzeit – im Dezember 2003 – hat der Europäische Rat eine Sicherheitsstrategie verabschiedet, die als potenzielle Sicherheitsbedrohungen unter anderem die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Raketen, zum Beispiel in die Hände von nichtstaatlichen terroristischen Gruppen, aber auch die Probleme des internationalen Terrorismus, regionale Konflikte und Menschenrechtsverletzungen gravierender Natur (Genozidgefahr) sowie die Situationen, die sich beim Zusammenbruch staatlicher Ordnung in einzelnen Regionen (*failed states*) ergeben können, definiert.

Indien hat seinerseits seine klassischen Bedrohungsprofile – China, Pakistan mit dem von dort unterstützten Terrorismus im Kaschmirtal sowie mit Untergrundorganisationen auf indischem Staatsgebiet – um die sicherheitspolitische Beobachtung des nahöstlichen Raumes (aus indischer geographischer Betrachtung des westlichen und südwestlichen Raums), ja zum Teil auch in den zentralasiatischen Raum hinein erweitern müssen.

Dies sind neue sicherheitspolitische Dimensionen, die auf beiden Seiten – Europa und Indien – noch gründlich analysiert und durchdacht werden müssen. Eine gemeinsame strategische Studiengruppe wäre wünschenswert.

Die sicherheitspolitischen Bedrohungen aus dem west- und zentralasiatischen Raum hatten beim Indienbesuch von US-Präsident Clinton im Jahre 2000 zu ersten, aber substanziellen sicherheitspolitischen Gesprächen zwischen den USA und Indien geführt, ja zu den Anfängen einer strategischen Partnerschaft, die in der Zwischenzeit verdichtet wurde und für beide Seiten – Indien und die USA – in vielen Fragen das Betreten von Neuland darstellt. Noch vor zehn Jahren schien eine solche Kooperation ausgeschlossen zu sein. Die gemeinsamen Sorgen um sicherheitspolitische Gefahren aus dem südwest- und zentralasiatischen Raum (Terrorismus, organisierte Kriminalität, illegaler Drogenhandel) führten zu politischer Entspannung und zu substanziellen Rüstungskontrollgesprächen zwischen den USA und Indien sowie zur Aufhebung der US-Sanktionen gegen Indien, die nach den nuklearen Waffentests im Mai 1998 von den USA und anderen Staaten gegen Indien – wie auch gegen Pakistan – verhängt worden waren.

Die neuen Bedrohungsszenarien relativieren, ja verdrängen jene Themen in gewisser Weise, die bis in die jüngste Vergangenheit hinein die Tagesordnung auf den Gipfeltreffen Indien-Europäische Union oder USA – Indien sowie bei den zahlreichen diplomatischen Gesprächen bilateraler Natur dominierten:

- Rüstungskontrolle auf den Gebieten der ABC-Waffen,
- nukleare Nichtverbreitung (nuklearfreie Zone in Südasien),

- Beseitigung der indischen und pakistanischen Nuklearen Waffenpotenziale,
- Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des illegalen Drogenhandels,
- Krisenmanagement beim Kaschmirkonflikt.

Für eine Reihe von Staaten spielte immer, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, der südasiatische Subkontinent als Markt für Rüstungstechnologie eine Rolle. Heute sind die USA, Israel, Russland sowie einige europäische Staaten Hauptlieferanten. Die indische Regierung versucht, besonders in den USA und in Israel Zugang zu neuester Technologie zu gewinnen. Manche Inder meinen, dass man sogar großzügige Weitergabeklauseln durchsetzen könne.

Gelegentlich des Aufmarsches starker indischer Kräfte an der indisch-pakistanischen Line of Actual Control im ersten Halbjahr 2002, also kurz nach dem in letzter Sekunde abgewehrten Terrorangriff auf das indische Parlamentsgebäude in New Delhi am 13. Dezember 2001, musste Premierminister Vajpayee erfahren, dass die indischen Befehlshaber zur Vorbereitung begrenzter territorialer Angriffe auf bestimmte Ziele im pakistanisch besetzten Teil von Kaschmir einen Zeitraum von sechs Monaten benötigen würden. Daraufhin wurde der Aufmarsch abgeblasen – eine militärische Option gibt es für keine der beiden Seiten.

Vor diesem Hintergrund ist der weitreichende Kurswechsel in der strategisch-politischen Herangehensweise Indiens an den Kaschmirkonflikt als grundlegend und wohl dauerhaft anzusehen. Eine dauerhaften Erfolg versprechende militärische Option besteht weder für die eine noch für die andere Seite. Das politische Klima soll durch breit angelegte Erörterungen – unter paralleler Aktivierung der Kontakte zwischen den Zivilgesellschaften – verändert werden. Indien geht von der Existenz Pakistans aus und hofft, dass es General Musharraf gelingen wird, auch in Pakistan einen Kurswechsel durchzusetzen – von der Fixierung auf das Kaschmirtal hin zu dem breiten Spektrum der Zusammenarbeit, die beiden Seiten Nutzen bringen, Kräfte für andere Ziele freisetzen und auch die politische Relevanz des Kaschmirtals verschieben könnte. Für Südasien würde sich die Perspektive einer engeren grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in vielen Bereichen eröffnen. Das im Kalten Krieg zwischen Ost und West vereinbarte Doppelkonzept des Nordatlantischen Bündnisses – Verteidigung und Erntspannung (Dialog) – beendete die Zwangsläufigkeit der militärischen Lösung und damit der Katastrophe als einzig möglichem Weg in die Zukunft, sicherte die Verteidigungsmöglichkeit im Notfall und öffnete die Tür zum Dialog über beiderseits interessierende Fragen der Kriegsverhütung durch Irrtum und Zufall. Der Dialog ermöglichte den Kontakt zwischen Menschen, die Ausweitung des Handels und eröffnete die Möglichkeit, zu politischen, letztlich auch zu völkerrechtlich verbindlichen Verpflichtungen zu gelangen, Grenzlinien nicht durch Gewalt ändern zu wollen. Dazu kamen und kommen vertrauensbildende Maßnahmen im Bereich der konventionellen und nuklearen Waffen.

In der neuen Phase der indisch-pakistanischen Beziehungen haben die Erfahrungen Europas beim Wechsel von Konfrontation zur Kooperation für die Kontrahenten beider Seiten deutlich an Bedeutung gewonnen.

Gestützt auf ein derzeit stabiles Beziehungsgeflecht mit den Vereinigten Staaten von Amerika – auch im sicherheitspolitischen Bereich – und gestützt auf die stabile politische, ja demokratische Situation in Indien – wenn auch gestört durch immer wieder aufflammende kommunale Ausbrüche ungezügelter Gewaltanwendung wie in Gujarat und im Nordosten Indiens – geht Indien mit großer Entschlossenheit, aber taktischer Gelassenheit auf die pakistanisch-indischen Gespräche auf Staatssekretärebene zu. Die erste Runde fand im Februar 2004 statt, im Mai/Juni, also nach den Wahlen, geht es in die nächste Phase der Verhandlungen. Gleichzeitig finden im Kaschmirtal breit angelegte Begegnungen mit allen zur Kooperation bereiten politischen und gesellschaftlichen Kräften statt, und zwar auch über die Demarkationslinie hinweg.

Das indische Selbstbewusstsein hat erheblich zugenommen – vor allem nach der erfolgreichen militärischen Kargil-Operation (1999), den erfolgreichen Nukleartests im Jahre 1998 und der gewachsenen Wahrnehmung Indiens durch andere größere Machtzentren wie Washington, Moskau, Beijing, Paris, London und Berlin. Auch das kontinuierliche Wachstum der Volkswirtschaft trägt zur Stärkung des Selbstbewusstseins der bürgerlichen Klasse bei. Heute zieht man in Delhi den Vergleich des heutigen indischen Raj mit dem Moghul-Raj (Reich) in Indien, dem britischen Raj (Reich) in Indien, dem chinesischen Raj und dem der USA. Da Europa kein machtpolitisches Zentrum hat, dient es bei einer solchen Assoziation zu bestehenden oder vergangenen Weltreichen nicht als Vergleichsmaßstab und fällt somit durch das Raster.

Erst im Laufe eines längeren Prozesses der Vertrauensbildung werden Indien und Europa die verlässlichen strategischen Partner werden können, die sie im Ansatz von der Geschichte her betrachtet sind und die sie angesichts der zwischen ihnen liegenden geographischen Krisenzone, und angesichts der beiderseitigen wirtschaftspolitischen Relevanz heute eigentlich schon darstellen sollten oder sein könnten. In indischen Augen hat aber die Europäische Union heute nicht den Status eines Europa-Raj. Es fehlen die handlungsfähige Machtstruktur und die Kohäsion in außen- und sicherheitspolitischen Fragen.

Falls es zu substanziellen sicherheitspolitischen, ja auch militärischen Konsultationen Indiens mit der Europäischen Union und mit der NATO über die sicherheitspolitischen Aspekte des nah- und mittelöstlichen Konfliktraums kommen sollte, könnte der bislang blasse und von Rüstungskontrollthemen bestimmte strategische Dialog zwischen der Europäischen Union, der NATO und Indien Bedeutung gewinnen. Eine solche Zusammenarbeit könnte einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Konfliktlösungen nicht nur im Wege des Einsatzes militärischer Machtmittel zu suchen, sondern auch und vor allem durch eine Kombination politischer, d.h. internationaler, wirtschaftlicher und militärischer Mittel, wobei kulturelle und historische Faktoren ebenfalls ins Gewicht fallen können.

Noch im Februar 2003 meinte der Kommentator und Indienfachmann Tobias Daniel:

Im Vergleich zu den europäisch-indischen Wirtschaftsbeziehungen ist die politische Partnerschaft zwischen Indien und der Europäischen Union eher unterentwickelt. Durch die *Gemeinsame Außenpolitik* der EU-Staaten muss die indische Regierung nun zur Kenntnis nehmen, dass es nicht mehr über Sonderbeziehungen zu einzelnen europäischen Ländern entsprechenden Einfluss auf andere europäische Staaten nehmen kann. Ferner hat sich heraus kristallisiert, dass die neue Asienpolitik der Europäischen Union die weltpolitische Rolle Indiens eher unterschätzt. Da es aber im Interesse Indiens liegt, mehr Beachtung bei den Europäern zu finden, ist es somit gezwungen, eine entsprechende Europolitik zu entwickeln. Die Europäische Union darf nicht vergessen, dass Indien im Rahmen ihrer neuen Asienpolitik ebenso viel Aufmerksamkeit verdient wie Japan und China. Davon ist Europa aber noch weit entfernt.<sup>6</sup>

Von Interesse ist auch eine Initiative des Europäischen Parlaments aus dem Jahre 2001, die darauf abzielt, dass sich die europäischen Institutionen bemühen sollten, eine engere Zusammenarbeit der demokratisch regierten Länder in Asien, u.a. Indien, Japan, Südkorea, Taiwan, Thailand und die Philippinen, zu fördern. Diese spezifisch europäische Konzeption möglicher engerer Zusammenarbeit auf der Grundlage der demokratischen und rechtstaatlichen Entwicklung in diesen Ländern hat in Asien bislang kein positives Echo gefunden. Auch bei den Beratungen der ASEAN-Mitgliedstaaten über die Mitgliedschaft des undemokratisch, ja autoritär regierten Myanmar konnte sich die Forderung nach Rechtstaatlichkeit als entscheidendem Beitrittskriterium nicht wirklich durchsetzen.

Auch für die Südasiatische Assoziation für Regionale Zusammenarbeit (SAARC) wird die demokratische Staatsordnung nicht als eine Voraussetzung für die Mitwirkung in diesem losen Verband benachbarter Staaten auf dem südasiatischen Subkontinent angesehen, und dies, obschon wir es bei Indien, dem wichtigsten SAARC-Mitgliedsstaat, mit der erfolgreichsten demokratischen Staatsentwicklung in Asien zu tun haben. Regionale Zusammenschlüsse in Asien beinhalten nicht die Verpflichtung der Angleichung an eine demokratische Struktur, die Gewaltenteilung, die Geltung des Rechts, die Unabhängigkeit der Gerichte und die Marktwirtschaft. Es gibt auch keine gegenseitige Beistandspflicht.

### 3 Europa und Indien im Zeitalter der Globalisierung und der sozialen Integration

Einige Völker und Staaten in Europa und der indische Subkontinent hatten im Verlauf der Geschichte der Neuzeit schicksalhafte Beziehungen zu- und miteinander,

---

<sup>6</sup> Daniel, Tobias (2004), *Europa und Indien – eine neue Partnerschaft?* (europa-digital – tdaniel@europa-digital.de).

die im Positiven und Negativen nachwirken. Die Demütigungen als kolonialer Untertan anderer Mächte schwingen im Unterbewusstsein mit ebenso wie auf europäischer Seite die Erinnerung an eigene koloniale Großmachtpositionen auf dem Subkontinent. Zunehmend blasser wird die Erinnerung an kulturelle Leistungen aus Europa – besonders jenen aus Deutschland, die im 19. Jahrhundert zur Wiederentdeckung der philosophischen und religiösen Schriften der Religionsstifter und Staatsgründer auf dem indischen Subkontinent führten und Bausteine im Fundament des heutigen Indien darstellen.

Auf ökonomischem Gebiet konzentrierte sich Indien nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1947 zunächst darauf, sich von der Weltwirtschaft abzukoppeln: Verstaatlichung, Planung, Protektionismus und die Förderung der einheimischen Industrie wurden zu Teilen des wirtschaftlichen Glaubensbekenntnisses. Investitionsgüter wurden zu nicht unwesentlichen Teilen im Wege der Entwicklungszusammenarbeit in erster Linie mit Deutschland, aber auch mit Russland und Großbritannien beschafft. Bis in die siebziger Jahre blieb Großbritannien der wichtigste europäische Handelspartner. Nach dem Beitritt auch Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft wurde der Abschluss eines Handelsabkommens mit der Europäischen Gemeinschaft unumgänglich, obschon die Europäische Gemeinschaft in Indien lange Zeit hindurch keine große politische Beachtung fand. Schon im Jahre 1962 errichtete Indien eine Ständige Vertretung bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel.

Während Deutschland in den letzten Jahrzehnten des Kalten Krieges der wichtigste indische Handelspartner und auch der größte Geber von Entwicklungskrediten und Zuwendungen war, bietet sich heute bei der Betrachtung der Außenwirtschaftsbeziehungen Indiens ein anderes Bild dar: Großbritannien ist wieder an die erste Stelle der europäischen Handelspartner Indiens gerückt – gefolgt von Belgien, das eine bedeutende Rolle im indischen Diamantenhandel spielt. Erst danach rangiert Deutschland, das allerdings mit der bilateralen Deutsch-Indischen Handelskammer in Bombay (Mumbai) und ihren 7.000 Mitgliedern, davon 6.500 indischen und 500 deutschen Firmen, über eine sehr leistungsfähige organisatorische Infrastruktur verfügt.

Die Kontroversen zwischen dem Westen und den mit von Indien angeführten blockfreien Staaten sowie die Hinwendung Indiens zur Sowjetunion in den Zeiten des Kalten Krieges sind nicht vergessen, auch nicht die wirtschaftliche Abschottung vom Weltmarkt, die Indien Jahrzehnte hindurch betrieben hatte, um den in Weichwährung abgewickelten Handelsaustausch mit der Sowjetunion und den anderen Mitgliedsstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) nicht zu gefährden. Der Westen und Indien begegneten sich in den Jahrzehnten des Ost-West-Konflikts mit beiderseitigem Misstrauen und großen Vorurteilen, die bis heute im Unterbewusstsein wirksam geblieben sind. Nur Deutschland und einige kleinere westliche Staaten setzten auch während des Kalten Krieges die Entwicklungskooperation mit dem weitgehend planwirtschaftlich geführten Indien fort bzw. begründeten sie erstmals mit dem unabhängig gewordenen Indien. Die DDR konnte sich erst ins

Spiel bringen, als mit Zustimmung der Bonner Regierung nach Verabschiedung des Grundlagenvertrags mit der DDR-Regierung die Voraussetzungen für die deutsche Doppelmitgliedschaft in den Vereinten Nationen im Jahre 1972 geschaffen worden waren, ohne dass die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland erfolgte.

Man sollte erwarten, dass das demokratische Indien mit seinem großen Markt und seinem großen Potenzial gut ausgebildeter Fachleute heute – also nach Ende des Kalten Krieges und angesichts der aufstrebenden Volkswirtschaften in Asien, aber auch in Indien – in vielen industriellen und wissenschaftlichen Bereichen besondere Anziehungskraft für bedeutende Direktinvestitionen aus dem Westen ausüben würde. Aber schon der grobe Vergleich zwischen dem Umfang der ausländischen Direktinvestitionen in China und in Indien zeigt seit langem eine deutliche Präferenz für Investitionen in das kommunistisch geführte, aber seit dem Beitritt zur WTO zur Marktwirtschaft verpflichtete China und nicht für das nicht minder der Marktwirtschaft verpflichtete und ebenfalls der WTO angehörende, aber demokratisch verfasste Indien – eine Diskrepanz, die aufgeklärt werden muss, zumal in der Regel Investitionen in Indien profitabler sind als in China. Der derzeit bestehende große Unterschied in der Attraktivität Chinas an Stelle des demokratischen und stark privatwirtschaftlich orientierten Indien für Direktinvestitionen lässt sich nicht hinreichend mit dem Hinweis erklären, dass China den Weg zur Marktwirtschaft schon in den siebziger und achtziger Jahren einleitete und Indien erst im Jahre 1991. Überzeugender und nach dem Urteil von Fachleuten, die mit den Rahmenbedingungen in China und in Indien vertraut sind, ist der Hinweis auf den Umstand, dass das zentralistisch geführte China in der Lage ist, in den freien Wirtschaftszonen attraktive Infrastrukturvoraussetzungen für ausländische Unternehmen zu schaffen (Bahnanschluss, Energie- und Wasseranschlüsse, Gebäude, etc), die nach Vertragsabschluss – mit entsprechenden Nebenleistungen – die Aufnahme der unternehmerischen Tätigkeit, beispielsweise der Produktion schon nach ganz kurzer Zeit möglich machen.

Eine solche Situation ist in Indien nicht gegeben, auch wenn die guten Absichten der Regierung unbestritten sind, günstige Voraussetzungen für ausländische Direktinvestitionen zu schaffen. Die einheimische indische Industrie lässt es in der Regel nicht zu, dass den ausländischen Unternehmen mit der Bereitstellung von Infrastruktur – gegen Bezahlung versteht sich – für die Aufnahme der Produktion Vorzugsbedingungen eingeräumt werden. Unbestritten ist indessen, dass ausländische Firmen, die sich in Indien engagieren, nach schwierigen Anfangsjahren in aller Regel auf die Dauer sehr erfolgreich operieren. Die Wachstumsraten der Volkswirtschaften Chinas und Indiens gleichen sich tendenziell an. Im Frühjahr 2003 häufen sich die positiven bis euphorischen Einschätzungen der weiteren Perspektiven für die indische Wirtschaft.<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> *ASIA: Bridge*, „Im Zeichen des Tigers – Indien auf dem Sprung zur Wirtschafts-Großmacht“, März 2004, Hamburg.

In einer wichtigen Rede über das Thema „Wirtschaftsreformen in der zweiten Dekade – die Krise der Handlungsfähigkeit der Regierung“ vor dem Indian International Center in New Delhi im Jahre 2002 forderte der frühere Finanzminister P. Chidambaram, das Regierungssystem auf die Bedürfnisse der heutigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung umzustellen.<sup>8</sup> Chidambaram drängt das Parlament, sich viel stärker als bisher auf die eigentliche gesetzgeberische Arbeit zu konzentrieren und die Gesetze systematisch und gründlich zu diskutieren. Er beklagte den Verlust des parteiübergreifenden Einvernehmens über die Notwendigkeit weiterer Wirtschaftsreformen. Mit dem zum Schimpfwort gewordenen Begriff „Globalisierung“ organisieren die Repräsentanten einzelner Wirtschaftszweige die Öffentlichkeit gegen die Öffnung Indiens für die Produzenten der Welt und umgekehrt. Der Judikativen, der zweiten Säule des Staates, warf Chidambaram die Unfähigkeit vor, die große Zahl unerledigter Verfahren rasch abzubauen – mit der Folge, dass eine große Zahl von Investitionsvorhaben nicht vorankommen oder zurückgezogen werden. In noch schärferen Worten wirft das frühere Kabinettsmitglied der Regierung vor, statt aus Koalitionsgründen Politiker an Stelle der eigentlich qualifizierten Fachleute in Kabinettspositionen zu berufen. Politikern fehle es oft an fachlicher Qualifikation. So sei die Privatisierung der indischen Fluglinien in fehlendem Engagement und mangelnder Fachkompetenz des Verkehrsministers zu sehen. Die rigide Hierarchie der Verwaltung bedeute zusätzlich Inkompetenz und Verzögerung. Diese Situation habe dazu geführt, dass die Entwicklung eines Kampfflugzeugs zwanzig Jahre und die eines Kampfpanzers mehr als zehn Jahre benötige.

Der Auffassung des früheren Finanzministers ist zuzustimmen, dass die Wirtschaftsreform ohne eine Reform der Staatsstrukturen an Haupt und Gliedern auf halber Strecke stehen bleiben wird. Eine solche Reform des ganzen Regierungs- und Staatsapparates müsste aus Empfehlungen hervorgehen, die von einer gemischten Kommission von unabhängigen, z.T. auch ausländischen Sachverständigen und indischen regierungsinternen Fachleuten oder Parlamentariern zusammensetzen wäre. Die im Sommer des Jahres 2004 zu wählende neue Regierung könnte diese Maßnahmen initiieren.

In gesellschaftlicher Hinsicht ist hinzuzufügen, dass es bislang nicht gelungen ist, die faktische Ausgrenzung der untersten Kastenschicht, der Dalits, ebenso wie die der Ureinwohner, der Adivasis, allerdings aus anderen Gründen zu beseitigen. Das bedeutet, dass 150 Millionen Dalits und etwa 50 bis 60 Millionen Ureinwohner im Wege sozialer Ausgrenzung daran gehindert werden, unter fairen Bedingungen am wirtschaftlichen Aufschwung des Landes beteiligt zu sein.

Diese Umstände stellen auch schwere Hypothesen für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Europa und Indien dar.

Für Politologen und Soziologen stellt die Ausgrenzung der Dalits ein potenzielles Risiko für die Stabilität des Landes dar, eines Landes, dessen Demokratie als wichtigstes Instrument der Kasten übergreifenden Integration international aner-

---

<sup>8</sup> *IIC Quarterly*, Sommer 2002, New Delhi, India International Center.

kannt wird, die aber an diesem Problem bislang gescheitert ist und daher längerfristig als gefährdet angesehen werden muss.

Weder auf Seiten Indiens noch auf Seiten der Europäischen Union hat es nach Einleitung der indischen Liberalisierung im Sommer 1991 an Initiativen und Bemühungen gefehlt, eine substanzielle Ausweitung des wirtschaftlichen Austausches und der Zusammenarbeit zu erreichen. Die Europäische Union und Indien haben ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der dritten Generation verabschiedet. Die Länder der Europäischen Union stellen zusammengenommen bei Einfuhren aus Indien und Exporten nach Indien den größten Handelspartner Indiens dar, wenn auch die USA der größte bilaterale Partner sind. Auch bei Direktinvestitionen stehen die Länder der Europäischen Union zusammengenommen auf dem ersten Platz. Es gibt Abkommen der Europäischen Kommission mit Indien auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit.

Als sich herausstellte, dass die Länder im asiatisch-pazifischen Raum die Teilnahme Indiens und Pakistans am jährlichen europäisch-asiatischen Gipfel ablehnten, institutionalisierte Europa gesonderte Gipfel mit jeweils einem asiatischen Land – mit China, Japan und Indien. Der vierte indisch-europäische Gipfel fand im November 2003 in New Delhi statt. Der nächste Gipfel soll im Herbst des Jahres 2004 in den Niederlanden stattfinden. Leider hat sich herausgestellt, dass die Europäische Union bei diesen Gipfelkonferenzen politisch unterbesetzt ist. Weder der Präsident der Europäischen Kommission noch der Präsident des Europäischen Rats nahmen an der Konferenz in New Delhi teil, bei der die indische Delegation selbstverständlich von Ministerpräsident Vajpayee geleitet wurde.

Daneben gibt es bilaterale Gipfeltreffen und Fachministertreffen zwischen Indien und einzelnen europäischen Ländern, z.B. mit Deutschland, Frankreich und England. Auch die Geschäftswelt beider Seiten trifft sich regelmäßig. Der Dialog zwischen den Unternehmensorganisationen und den Regierungen ist intensiv.

Die Dichte dieser Konsultationen hat dennoch nicht verhindern können, dass sich Indien beim Vorbereitungstreffen der Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WHO) in Cancun bei den Konflikten über die Subvention der Agrarproduktion im Westens auf die Seite der Entwicklungsländer stellte.

## **4 Indien und Europa im Zeitalter kultureller Vielfalt und des prognostizierten Krieges zwischen den Kulturen**

### **4.1 Das Ende nationaler Monokulturen – die Entstehung multikultureller Zivilisationen**

Die Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts wurden im Namen monolithisch verstandener nationaler oder monolithisch verstandener ideologischer Konzepte gefochten. Im

21. Jahrhundert versucht die Menschheit – auf unterschiedlichsten Wegen – multikulturelle Koexistenz innerhalb von Staaten, Föderationen und im Weltmaßstab lebens- und überlebensfähig zu machen.

Das gilt für Europa ebenso wie für Indien. Ob beide voneinander bei den innerindischen und innereuropäischen Prozessen lernen können, ist offen.

Angeführt von Dr. Jinnah, dem Vorsitzenden der Muslim League in Britisch Indien, befürchteten Teile der muslimischen Bevölkerung, die etwa 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung von Britisch Indien ausmachte, die Unterwerfung unter die Herrschaft der Hindumehrheit in einem demokratisch regierten unabhängigen Indien. Diese Befürchtungen hatten zur These des Dr. Jinnah geführt, dass es zwei indische Nationen gebe, eine hinduistische und eine muslimische, und dass beide unabhängig voneinander, aber doch nebeneinander bestehen sollten. So kam es im Jahre 1947 bei der Vorbereitung der Unabhängigkeit Indiens zur Teilung zwischen Indien und Pakistan (Ost- und Westpakistan). Die Theorie der Zwei-Staaten-Struktur Indiens hat sich im wirklichen Leben nicht durchsetzen können.

In Indien gehören – unabhängig von der Existenz Pakistans und Bangladeschs (bis 1972 Ostpakistan) – etwa 12 Prozent der Bevölkerung der muslimischen Volksgruppe an. Der Weg zur Unabhängigkeit und zum modernen Indien war begleitet vom Ringen um den säkularen Charakter des Staates – der Trennung von Staat und Religion (Glaubensgemeinschaften) – und von den Spannungen im Zusammenleben von Hindus, die sich in Indien meist in der Mehrheit befinden, und Muslimen, die sich außer in Kaschmir und Haiderabad in der Minderheit befinden, sowie mit anderen Religionsgemeinschaften wie den Sikhs (Panjab), den Jains, den Christen, Buddhisten und Juden. Es hat furchtbare Blutbäder gegeben, vor allem bei der Teilung des Punjab im Jahre 1947 und danach, aber auch noch in jüngster Zeit, z.B. im Jahre 2002 in Gujarat. Es kommt auch zu religiös begründeter Diskriminierung bis hin zum Einzelmord christlicher Geistliche. Die indische Führungsschicht ist außerordentlich sensibel und misstrauisch gegenüber Aktivitäten religiöser Minderheiten, die unter den Hindus Missionsarbeit leisten – auf dem Wege über das Schul- und Universitätsangebot. Gegenüber Ausländern, deren Entwicklungsarbeit direkt oder indirekt mit Missionsaktivitäten in Verbindung gebracht wird, ist dieses Misstrauen noch stärker.

Der säkulare Staat, in dem also Religionsgemeinschaften keine privilegierte staatliche Funktion ausüben, wendet den Grundsatz an, dass sich die familienbezogenen Rechtsfragen nach dem religiösen Bekenntnis des und der Einzelnen regeln. Der allgemeine zivilrechtliche Status ließ sich nicht durchsetzen, kann aber vom Einzelnen gewählt werden. Der Staat muss den religiös begründeten Personalstatus neben dem zivilen Familienrecht tolerieren.

Im modernen urbanen Indien, besonders in Mumbai, setzt sich indessen der zivilrechtliche Status der jungen Ehen gegenüber den tradierten, von den Religionsgemeinschaften vorgegebenen Rechts- und Statusregelungen für den Einzelnen zunehmend durch. Das moderne Indien gebiert aus seiner kulturellen und religiösen Vielfalt, aber auch aus den nun gewachsenen säkularen Strukturen gelebte, manch-

mal auch erlittene oder geduldete Vielfalt, die neben den von religiösen Regelungen bestimmten Familienstrukturen besteht. Unduldsamkeit, religiös motivierte Gewaltanwendung gibt es in der Tat; sie ist nicht zu übersehen, stellt aber eher die Ausnahme und nicht die Regel dar. Sie wird, wo immer sie Förderung von der öffentlichen Hand zu erfahren scheint, scharf kritisiert. Das Ansehen des Ministerpräsidenten Vajpayee beruht nicht zuletzt darauf, dass er den radikalen hinduistischen Zweig seiner Partei RSS (Rashtriya Swayamsevak Sangh – Nationaler Selbsthilfebund) unter Kontrolle gehalten hat. Werden seine Nachfolger das auch erfolgreich tun können und tun wollen?

Der kulturell und religiös tolerantgeführte pluralistische Staat des Atal Behari Vajpayee setzt Standards, die immer wieder von fundamentalistischen Tendenzen aus dem Lande selbst und von außen in Frage gestellt werden.

Bis vor kurzem präsentierte sich das unabhängige Indien auf der Weltbühne mit seinen klassischen Tanzkulturen und der klassischen indischen Musik, die an den Höfen und in den Tempeln zum Vortrag kamen, auch mit den Miniaturen auf der Basis der hinduistischen und der von den Mogulherrschern geprägten Kultur. Die Verfilmung der großen indischen Sagen gelangte über die Fernsehmonitore bis ins letzte Dorf des Landes. Diese Kulturen wurden auch vom Rat für kulturelle Beziehungen (ICCR – Indian Council for Cultural Relations) im Ausland präsentiert – für die im Ausland lebenden Inder, für die Indologen in aller Welt und die Freunde dieser reichen Kultur.

## 4.2 „East meets West – West meets East“ – das neue Leitwort

Mit der Rückkehr Indiens zur Welt – nämlich nach dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung der politischen und ideologischen Nähe Indiens zur Sowjetunion, die zerbrach – fädelt sich das moderne Indien in die kulturellen, geistigen, literarischen und künstlerischen, ja auch in die politischen Prozesse der westlichen Zivilisationen und Kulturen ein. Indien genießt heute in anderen Teilen der Welt Respekt, Anerkennung und auch – in einzelnen Bereichen – Bewunderung. Kiplings Aussage „East is East and West is West – they will never meet!“, gehört der Vergangenheit an. Heute heißt es: „East meets West and West meets East!“

Die vielfältige Diskriminierung der untersten sozialen Schichten – der Dalits – und die Verdrängung der Ureinwohner aus ihren angestammten Lebensräumen stellen indessen die grausame, die tragische Achillesferse für die Glaubwürdigkeit des modernen, des demokratischen Indien dar.

Die Sterilität der gestanzten Wiedergabe klassischer Kunst und ihrer Perfektion wurde abgelöst durch eine innovative, schöpferische, eine bewegliche Kultur mit indischen Wurzeln und der Faszination für die „Moderne“ – die Moderne in Indien wie in anderen Teilen der Welt. Darin kann man die künstlerische und kulturelle Reaktion auf die kulturelle und soziale Gemengelage sehen, in der sich Inder befinden, wenn sie ihren Lebensmittelpunkt nach Europa oder in die USA verlegen, und

wenn die Inder in Indien selbst mit der Öffnung ihres Landes für westliche Einflüsse andere Kulturen erleben. Der indische Film erzählt heute in immer neuen Versionen das Leben der Menschen, die in dieser multikulturellen Welt ihr Leben gestalten, aber auch erleiden. Die indische Musik, die im Übrigen auf den gleichen Gesetzmäßigkeiten beruht wie die europäische, integriert indische und europäische Musikalität und Musiktraditionen (Fusion). Englisch als Sprachmedium vermittelt indische Gedanken und indische Lebensschicksale an und in die europäischen Kulturen und umgekehrt. Der Indische Kulturrat (ICCR) muss diesen Entwicklungen Rechnung tragen, wenn er nicht zum Verwalter eines Museums werden will, in dem die Symbole vergangener Zivilisationsphasen auf dem indischen Subkontinent versteinern. Indien ist auch ein Museum – in Ajanta, Elephanta und in Kajhuraro und wie die Kultstätten einer bedeutenden Vergangenheit auch alle heißen mögen, aber Indien ist auch eine vibrierende, aus der Vergangenheit und der Gegenwart lebende schöpferische Kraft, die wahrgenommen werden will und wahrgenommen werden muss, und in der sich auch europäische Kultur und schöpferische Kraft widerspiegeln.

Die Liberalisierung der indischen Wirtschaft, die 1991 eingeleitet wurde, bedeutete nicht nur die Freisetzung schöpferischer Energie im wirtschaftlich-technologischen Bereich, sondern auch eine neue Phase in der Wahrnehmung, der Reflektion und der Reorientierung im Dialog, in der Konkurrenz mit europäischen Ideen und Entwicklungen. Bei einer Aussprache über die Erfahrungen Europas mit dem Dialog, den der Westen während des Kalten Krieges mit dem Opponenten, mit der Sowjetunion aufnahm, um die Unvermeidbarkeit eines Krieges zu beheben, und um andere Wege zur Konfliktlösung zu explorieren, meinte ein indischer akademisch gebildeter Gesprächspartner, als die Frage von Schlussfolgerungen aus dieser Erfahrung für das Management des indisch-pakistanischen Konfliktes angesprochen wurde, dass diese europäischen Empfehlungen eine neue Form des Imperialismus darstellen, die des europäisch-intellektuellen Imperialismus. Das mag eine überspitzte Reaktion auf eine Präsentation europäischer Erfahrungen während des Kalten Krieges gewesen sein, bei der indische Diskussteilnehmer die Frage der Relevanz dieses Ost-West-Dialogs für das indisch-pakistanische und das indisch-chinesische Verhältnis ins Gespräch brachten. Die Bemerkung macht aber auch deutlich: Die Kultur des offenen, auch kontrovers geführten Dialogs auf gleicher Augenhöhe ist noch nicht ins Bewusstsein weiter Teile der indischen Gesellschaft eingegangen. Das Gespräch mit dem Westen, mit Europa, ja auch mit Amerika wird unterbewusst oder auch mit vollem Bewusstsein subjektiv noch vorwiegend als ein Gespräch nach der Struktur des Verhältnisses Lehrer-Schüler oder als Ausdruck der Beziehungen zwischen Herrscher und Untergebenem wahrgenommen.

Aus diesem Grunde tun sich westliche Institutionen sehr schwer, Gesprächspartner in Indien zu finden, die bei einer Konferenz über gemeinsam interessierende Fragen als Individuen, als Wissenschaftler kritisch diskutieren – kritisch gegenüber dem eigenen Land wie auch gegenüber den Partnerländern in Europa, Asien und Amerika.

Bei solchen europäisch-indischen Seminaren, die mit Nichtregierungsorganisationen oder der Zivilgesellschaft im Allgemeinen geführt werden, wird ein, auch dem eigenen Lande gegenüber kritischer Diskussionsteilnehmer sehr rasch von anderen indischen Teilnehmern zurechtgewiesen. Es ist auch schwierig, Vertreter der Adivasis und der Dalits als Teilnehmer oder Redner auf solche Konferenzen zu bringen. Und doch muss es geschehen. Erst wenn die Vertreter dieser Gruppierungen „auf gleicher Augenhöhe“ mit Landsleuten aus anderen gesellschaftlichen und sozialen Strukturen unbefangen und frei an internationalen und nationalen Konferenzen mitwirken, können wir die Überwindung der Armut und der faktischen Ungleichheit in Indien erwarten. Das ist noch nicht der Fall. Die Ford-Stiftung, die schon seit Jahrzehnten in Indien tätig ist, hat vor wenigen Jahren ein nachahmenswertes Beispiel gegeben – die Gründung des Indian Instituts for Dalit Studies und einer Dalit Foundation zur Unterstützung der lokalen Dalit-Netzwerke. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat wertvolle, zukunftssträchtige Initiativen auf dem Gebiet der Dalit-Förderung in zeitlichem Zusammenhang mit der Präsentation Indiens bei den Asia-Pazifik-Wochen des Berliner Senats im Jahre 2003 eingeleitet.

Handlungsbedarf zur Förderung multikulturellen Zusammenlebens und der Akzeptanz von Religionsgemeinschaften, die ihre Verankerung in anderen Ländern und gar Kulturen haben, gibt es auch in Europa, auch innerhalb der Europäischen Union. Das Konzept der europäischen Integration, und damit das Konzept der Europäischen Union mit Binnenmarkt, gemeinsamer Währung und persönlicher Freizügigkeit innerhalb der Union, ist grundsätzlich unbestritten. Gleichwohl fürchten Regionen um die Wahrung ihres geschichtlich gewachsenen „Charakters“, fürchten die Überfremdung und eine ruinöse wirtschaftliche Konkurrenz.

Nichts würde die Bereitschaft zur interkulturellen Toleranz und Akzeptanz stärker fördern als Konferenzserien über Erfahrungen auf diesem Gebiet, die in verschiedenen Teilen Europas und in Asien gemacht wurden.

Indien und Europa haben sich auf dem Felde des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Muttersprachen, unterschiedlicher Ethnien und unterschiedlicher, auch rivalisierender Religionsgemeinschaften gegenseitig „etwas“ zu sagen. Beide Seiten können aus einem offenen und freien Dialog zwischen unterschiedlichen Komponenten der Zivilgesellschaften beider Seiten viel Nutzen ziehen. Solche Konferenzen bieten einen praktischen Anschauungsunterricht. Solche Entwicklungen und Konferenzen zu fördern, das ist eine ganz genuine Aufgabe unabhängiger Nichtregierungsorganisationen, wissenschaftlicher Institute und von Fachzeitschriften in Europa und in Indien. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur europäischen Integration und zur Zusammenarbeit zwischen Indien und Europa. Sprachen, Glaubensgemeinschaften und Kulturen gedeihen im Dialog, ja in der Konkurrenz, nicht in der Abschottung von den Anderen. Die Abschottung ist der erste Schritt in die falsche Richtung – in die Richtung des von vielen Beobachtern antizipierten, aber doch nicht unvermeidbaren Krieges der Kulturen.

Bei der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Europa und Indien wird in erster Linie an die modernen Technologien gedacht – oder aber an die traditionellen

Gebiete der Sprachforschung, der vergleichenden Religionswissenschaften und der Archäologie. Gebraucht wird aber auch die wissenschaftliche Erarbeitung des Sozialkörpers des heutigen Indien, einschließlich der Literatur der Regionalsprachen – wie auch in Bezug auf Europa die Sozialstrukturen der sich entfaltenden Europäischen Union und der Transformationsprozesse der vom Kommunismus Jahrzehnte hindurch geprägten Mentalität der Menschen in Ost- und Mitteleuropa.

## **5 Schlussbemerkungen**

Das Ende des Kalten Krieges hat in der gegenseitigen Wahrnehmung und in der Zusammenarbeit zwischen Indien und Europa neue Dimensionen aufkommen lassen: Die gemeinsame Tagesordnung ist mit der Rückkehr Indiens in die Weltwirtschaft, die gemeinsamen Sicherheitsinteressen gegenüber internationalen, grenzüberschreitenden Bedrohungen und Gemeinsamkeiten in dem Interesse an einer wirksamen internationalen Rechtsordnung mit einer effektiven Organisation der Vereinten Nationen vorgezeichnet.

Fortschritte werden jedoch nur erzielt werden können, wenn die Organe der Europäischen Union international handlungsfähig sind und es gelingt, die Glaubwürdigkeit des VN-Sicherheitsrats zu verbessern.

Werner Draguhn (Hrsg.)

## **Indien 2004**

**Politik  
Wirtschaft  
Gesellschaft**

Redaktioneller Beirat:  
Prof. Dr. Michael von Hauff  
Prof. Dr. Dietmar Rothermund  
Dr. habil. Christian Wagner

Beiträge von:

Beate Bergé	Peter Lehr
Joachim Betz	Hans Christoph Rieger
Dirk Bronger	Jakob Rösel
Jona Aravind Dohrmann	Dietmar Rothermund
Michael von Hauff	Michael Schied
Jörg Joswiak	Günter Schucher
Clemens Jürgenmeyer	Christian Wagner
Pia Kleis	Johannes Wamser
Elena Koch	Hans-Georg Wieck
Heinrich Kreft	Wolfgang-Peter Zingel
Oliver Lamprecht	



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE  
Hamburg 2004

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje, M.A.  
Satz und Textgestaltung: Christine Berg, M.A.

Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

ISSN 1436-1841  
ISBN 3-88910-306-5  
Copyright Institut für Asienkunde  
Hamburg 2004

<p><b>Indien 2004. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft /</b> hrsg. von Werner Draguhn. – Hamburg : IFA, 2004. – 478 S. ISSN 1436-1841 ISBN 3-88910-306-5</p>
--



VERBUND STIFTUNG  
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT  
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien. Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: [www.duei.de/ifa](http://www.duei.de/ifa).

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde ([www.duei.de/dok](http://www.duei.de/dok)) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: [dok@duei.de](mailto:dok@duei.de)).